

CONV 619/03

CERCLE I 12

BERICHT

des	Sekretariats
für	die Mitglieder des Arbeitskreises zum Gerichtshof
<u>Betr.:</u>	Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises zum Gerichtshof vom 3. März 2003

1. **Bezeichnung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz**

- 1) Der Arbeitskreis hat seine Beratungen über die etwaige Änderung der Bezeichnung der Gerichtsinstanzen der Union fortgesetzt. Er erzielte einen Konsens über die Beibehaltung der Bezeichnung "Gerichtshof" im Vertrag, wobei allerdings festgehalten wurde, dass er künftig als "Gerichtshof der Europäischen Union" anstatt "der Europäischen Gemeinschaften" zu bezeichnen sei. Überdies wurde innerhalb des Arbeitskreises die Orientierung zugunsten der Verwendung des Begriffs "Sondergerichte" anstelle von "gerichtliche Kammern" bekräftigt.
- 2) Die Festlegung einer treffenderen Bezeichnung für das Gericht erster Instanz erwies sich als schwieriger, da in allen Amtssprachen klar zwischen dem Gericht und dem Gerichtshof unterschieden und eine Hierarchie zwischen den beiden zum Ausdruck gebracht werden muss. Der Vorsitzende hat abschließend vorgeschlagen, dass die Überlegungen mit Hilfe der Rechts- und Sprachsachverständigen der Organe fortgesetzt werden sollten.

2. **Prüfung von Artikel 230 Absatz 4 EG-Vertrag**

- 3) Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache mit einem Verweis auf das Arbeitsdokument Nr. 1 des Arbeitskreises sowie das vorangehende Arbeitsdokument Nr. 21 der Gruppe II zum gleichen Thema.
- 4) Mehrere Mitglieder des Arbeitskreises sprachen sich für die Option a bzw. die Option b des Arbeitsdokuments Nr. 1 aus. Andere Mitglieder machten jedoch geltend, dass bei beiden

Optionen die Gefahr bestehe, den direkten Zugang von Privatpersonen zum Gericht erster Instanz zu sehr zu vereinfachen und folglich das dezentralisierte System des Rechtsschutzes wesentlich zu verändern; einige Mitglieder betonten jedoch, dass das Vorlageverfahren (Artikel 234 EGV) keinen geeigneten Schutz biete, wenn die Gültigkeit der gemeinschaftlichen Rechtsakte selbst angefochten werde.

- 5) In diesem Zusammenhang führten einige Mitglieder insbesondere das Argument an, dass die Option a beispielsweise dazu führe, dass alle Landwirte, die direkt von einer Verordnung (bzw. in Zukunft von einem Gesetz) über eine gemeinsame Marktorganisation betroffen seien, ein Klagerecht hätten. Was die Option b anbelangt, so gaben einige Mitglieder zu bedenken, dass sie in bestimmten Fällen zu einer Einschränkung der Zulässigkeit gegenüber der derzeitigen Situation führen könnte.
- 6) Was die Option c anbelangt, so wurde sie von den Befürwortern der Option a bzw. b als eine Mindestöffnung bzw. als eine Option angesehen, die nur eine sehr spezielle Situation abdeckt, nämlich diejenige, wenn der Kläger sich derzeit gezwungen sieht, gegen einen gemeinschaftlichen Rechtsakt zu verstoßen, damit er Zugang zu einem Gericht erhält, wenn er Sanktionen anfecht. Einige Mitglieder, die der Option a bzw. b skeptisch gegenüber standen, räumten allerdings ein, dass das Problem in Option c gelöst werden könne.
- 7) Der von mehreren Konventsmitgliedern unterstützte schriftliche Vorschlag zur Einführung einer speziellen Klage, die sich auf eine angebliche Verletzung von Grundrechten stützt, stieß bei einer Reihe von Rednern auf Ablehnung.
- 8) Schließlich wurde der Vorschlag, den derzeitigen Wortlaut von Artikel 230 Artikel 4 zu vereinfachen, indem das Wort "Entscheidungen" durch "Rechtsakte" ersetzt und die Passage "obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind" gestrichen wird, von mehreren Mitgliedern positiv aufgenommen.

3. **Prüfung des Punktes d des Mandats über die Handlungen der von der EU geschaffenen Ämter und Agenturen**

- 9) Der Vorsitzende machte auf die Möglichkeit aufmerksam, Artikel 230 EGV anzuwenden, um nicht nur die Handlungen der Organe, sondern auch die der Ämter und Agenturen der Union anzufechten. Er betonte, dass nach der derzeitigen Praxis die Rechtsakte der Gemeinschaft, mit denen solche Ämter geschaffen werden, in jedem Fall Bestimmungen enthielten, in denen

die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs in Bezug auf solche Handlungen festgelegt werde. Die Mehrheit der Mitglieder befürwortete eine solche Vereinfachung zwar, es wurde dennoch vereinbart, dass die Frage auf der Grundlage eines Arbeitsdokuments des Sekretariats über die derzeitige Praxis vertieft werden könnte.

4. Prüfung des Punktes e des Mandats über das System von Sanktionen

- 10) In seiner Einleitung zum Thema verwies der Vorsitzende darauf, dass beim Sanktionsverfahren des Artikel 228 EGV die vorausgehenden Verfahrensstufen "Aufforderung" und "mit Gründen versehene Stellungnahme" gestrichen werden könnten und bei bestimmten Rechtssachen, bei denen es beispielsweise um eine "Nichtmitteilung" geht, der Kommission sogar die Ermächtigung erteilt werden könnte, den Gerichtshof, wenn sie es für angemessen erachtet, in ein und demselben Verfahren gleichzeitig zur Feststellung eines Versäumnisses und der Verhängung einer Sanktion aufzufordern.
- 11) Die Beratungen haben ergeben, dass die Mitglieder generell dafür aufgeschlossen sind, in Artikel 228 EGV, wie vom Präsidenten vorgeschlagen, ein "beschleunigtes Verfahren" vorzusehen. Weitere ebenfalls vorgetragene Ideen, wie beispielsweise die Einführung von verbindlichen Verfahrensfristen oder der Verpflichtung der Kommission, Verfahren wegen Zuwiderhandlung einzuleiten, wurden mit größerer Zurückhaltung aufgenommen.

5. Prüfung der möglichen Erweiterung des Mandats des Arbeitskreises

- 12) Der Vorsitzende hat unter diesem Punkt die Frage aufgeworfen, ob der Arbeitskreis sich nochmals mit der Problematik einer etwaigen Ausweitung der Zuständigkeit des Gerichtshofs auf den Bereich der GASP sowie der Bereiche Justiz und Inneres befassen sollte, dabei wurde allerdings eingeräumt, dass diese Frage in Bezug auf Justiz und Inneres bereits Gegenstand einer Empfehlung der Gruppe X "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" war.
- 13) Nach einem ersten Gedankenaustausch wurde vereinbart, dass diese Problematik nicht im Berichtsentwurf, den der Vorsitzende an die Mitglieder verteilen wird, sondern in einem separaten Arbeitsdokument des Vorsitzenden behandelt wird, damit die Mitglieder auf dieser Grundlage in der Sitzung am 17. März 2003 sich zur geeignetsten Vorgehensweise äußern können.